

II-12893 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 6249/1

1994-03-16

A N F R A G E

der Abgeordneten Karl Freund
und Kollegen
an den Bundesminister für Arbeit und Soziales
betreffend Pflegegeld

Mit 1. Juli 1993 trat das Bundespflegegeldgesetz in Kraft. Zahlreichen Zeitungsmeldungen zufolge ist diese Einführung sehr positiv zu bewerten. Es wird angeführt, daß das Pflegegeld hilft, die Betreuung vieler alter Patienten innerhalb ihrer eigenen vier Wände durchzuführen. Darüber hinaus entpuppt es sich auch als arbeitsmarktfördernde Maßnahme.

In Oberösterreich hat man errechnet, daß bei den mobilen Diensten, die jetzt ausgebaut werden, rund hundert Diplomkrankenschwestern, 400 Altenhelfer sowie rund hundert Personen in der Verwaltung und für diverse weitere Tätigkeiten gebraucht werden würden. Dadurch erhofft man auch eine Verbesserung des Arbeitsmarktes zu erreichen. Weiters kann die finanzielle Situation vieler Frauen verbessert werden, da die bisher unentgeltliche Arbeit der Pflege eines Angehörigen nun entlohnt wird.

Die unterfertigten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Arbeit und Soziales folgende

Anfrage

1. Entsprechen die angeführten Zeitungsmeldungen der tatsächlichen Situation?
2. Wenn nein, worin bestehen die Abweichungen?
3. Wieviel Personen beziehen bzw. bezogen seit 1. Juli 1993 Pflegegeld?
4. Wie verteilen sich die Pflegegeldbezieher auf die einzelnen Kategorien?